

BUND - Brief



Mitgliederrundbrief für Marburg - Biedenkopf

August 2011

Liebe Mitglieder,

die letzten Monate waren geprägt von den Diskussionen um den schweren Atomunfall in Japan und die sich daraus ergebenden Folgerungen wie Atomausstieg und Energiewende.

Viele tausend Menschen haben bei Demonstrationen, Kundgebungen und Mahnwachen mit Reden und „mit ihren Füßen“ eindrucksvoll dafür gestimmt, dass sie nicht länger gewillt sind, die Risiken der Atomtechnologie zu ertragen, und dass endlich ein Ausstieg aus dieser Technologie erfolgt.



Der Atomausstieg ist beschlossen worden. Aber leider liegt noch ein weiter Weg vor uns, bis wir eine echte Energiewende geschafft haben hin zum Umstieg auf Erneuerbare Energien, zu mehr Energieeffizienz und Energieeinsparung.

Aufmerksamer und achtsamer Verbrauch sowie reflektiertes Konsumverhalten von uns allen sind dabei helfende Faktoren.

Dazuhin müssen wir erreichen, dass jetzt problembewusste Ansätze für eine nachhaltige Nutzung unserer Umweltgüter umgesetzt werden. So müssen wir verhindern, dass durch den Bau neuer Kohlekraftwerke eine besonders klimaschädliche Stromerzeugung zum Einsatz kommt. Hier in Hessen ist der Ausbau des Kohlekraftwerks Staudinger am Main aktuell und sehr strittig.

Auch der angestrebte gewaltige Netzausbau ist nicht unumstritten. Eine sorgfältige Prüfung des Bedarfs vor dem Ausbau ist ebenso nötig wie die Beachtung der naturschutzfachlichen Belange beim Ausbau.

Neben den bundespolitischen Ereignissen gab es auf lokaler Ebene und vor Ort einige Aktivitäten, von denen wir mit diesem Rundbrief berichten wollen.



Auf den Streuobstwiesen im Heiligen Grund arbeiteten wir in diesem Jahr bereits mehrmals. An zwei Wochenenden im März und April pflanzten wir 20 verschiedene Sorten hochstämmiger Apfelbäume und 22 ebenfalls verschiedenartige Kirschenbäume. Die jungen Bäume hatten es in diesem Jahr schwer, da sie sich in der anschließenden Trockenheit trotz Bewässerung durchsetzen mussten. Über diese Pflanzaktionen entstanden zwei Poster, die wir im Mai beim 2. Marburger Vogelbeobachtungstag am Kaiser-Wilhelms-Turm zeigten. Unsere gemeinsame Beteiligung von NABU und BUND beim Community Partnership Day 2011 von Novartis spielte sich ebenfalls im Heiligen Grund ab. Zusammen mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von Novartis Vaccines hängten wir für einen Vogellehrpfad eine große Zahl von verschiedenen Vogelkästen in den alten Bäumen auf, und wir bauten ein Insektenhotel. Der frühlingshafte Maientag im Heiligen Grund hat allen Beteiligten gut gefallen.

Jetzt denken wir schon an die bevorstehende Apfelernte. In diesem Jahr gibt es viele Äpfel, und eine reiche Ernte erwartet uns. So sind wir auf viele fleißige Helferinnen und Helfer angewiesen. Die vorgesehenen Erntetermine sind 17. September, 8. Oktober und 15. Oktober. Wie immer treffen wir uns an den jeweiligen Samstagen um 10:00 Uhr in der Alten Kirchhofsgasse 10 in Ockershausen. Wir werden die Termine auch auf unserer home-page ankündigen und per e-mail nochmals einladen. Wir freuen uns auf Ihre Hilfe.

Im Keller der Geschäftsstelle stehen übrigens noch einige Kisten von köstlichem Apfelsaft, die darauf warten abgeholt zu werden.

Überraschend stellt die Fa. Mayer und Schlichterle ihren Keltreibetrieb zum Ende November des Jahres ein. Für uns bedeutet dies, eine neue Apfelkelterei zu suchen, und vor allem alles Leergut bis



Ende Oktober einzusammeln, um es noch rechtzeitig vor der Schließung nach Ernsthäusen zu bringen. Also schaut bei Euch nach ausstehendem Leergut und bringt es rechtzeitig bei uns vorbei.

Jetzt folgen noch einige weitere Arbeitsschwerpunkte. Nach den Kommunalwahlen formulierten wir für die Politik der nächsten fünf Jahre Forderungen, die wir rechtzeitig vor Beendigung der Koalitionsverhandlungen an die Parteien in Stadt und Landkreis verschickten. Mehr dazu erläutert ein Artikel weiter hinten.

Das Thema Verkehr braucht nach wie vor und wie schon lange viel Beachtung. Autobahnneubau A 49, Bundesstraße B 3a mit ihren Problemen für die Stadt Marburg, um nur zwei Punkte zu nennen, fordern laufend neue Aufmerksamkeit. Neues dazu lesen Sie auf den nachfolgenden Seiten.

Zum Schwerpunkt Energie brachten sich auch dieses Jahr Mitglieder unseres Kreisverbandes aus dem Landesarbeitskreis Energie sehr engagiert ein. Im Februar fand ein erfreulich gut besuchter Praxis-Workshop „Kommunale Handlungsmöglichkeiten für eine zukunftsfähige Energieversorgung“ statt. Der

bereits zum 8. Mal organisierte Workshop war dieses Jahr in Frankfurt. Ein Bericht darüber steht weiter hinten im Rundbrief.

Das im Jahr 2012 auslaufende Kyoto-Protokoll mit seinen CO₂-Minderungsplänen hat den Klimaschutz nicht wie erforderlich befördert. Trotzdem müssen wir hoffen, dass es endlich beim UN-Weltklimagipfel im November in Durban zu einer verbindlichen Regelung gegen den CO₂-Anstieg kommt. Und wir werden auch weiterhin nicht nachlassen darauf zu vertrauen, dass es zu einer umweltverträglichen, sozial gerechten und ökonomisch vertretbaren Entwicklung kommt und zwar bei uns als auch in den Ländern des Südens. So denken wir, dass unsere Anliegen in der Zukunft Gehör finden.

Ich wünsche uns allen noch viele sonnige Sommertage, viel Motivation bei der Umsetzung erforderlicher Lösungsstrategien für eine nachhaltige Zukunft und viel Freude bei der Lektüre des Rundbriefes,

Ihre Traude Ackermann

Editorial	1
Schwarz – gelb – Kohlenstoff –	6
<i>die Farben der neuen Klimapolitik?</i>	<i>6</i>
BI B 3 a:	10
<i>Lärm- und Schadstoffreduktion eines innerstädtischen autobahnähnlichen Verkehrswegs</i>	<i>10</i>
„Aus“ für umweltpädagogische Angebote	13
<i>– Schwarz-grüne Koalition beabsichtigt Schließung des Schulbiologiezentrums in Biedenkopf</i>	<i>13</i>
Planung A 49:	18
<i>fehlender Bedarf, fehlende Verbandsbeteiligung, fehlende verkehrliche Alternativen</i>	<i>18</i>
Apfelernte 2011	20
BUND formuliert Forderungen an die Kommunalpolitik in den nächsten fünf Jahren.	21
Kommunale Handlungsmöglichkeiten für eine zukunftsfähige Energieversorgung	25
BUND Adressen	31

Weil Solarerfolg Teamwork ist



Wagner & Co
SOLARTECHNIK



Solartechnik aus Leidenschaft.

Wir sind ein erfahrener Partner für nachhaltigen Solarerfolg. Mit unserem Wissen in den Bereichen Solarwärme, Solarstrom und Pelletheizung setzen wir uns jeden Tag dafür ein, die Welt ein bisschen besser zu machen. Informieren Sie sich unter:
www.wagner-solar.com

Schwarz – gelb – Kohlenstoff – die Farben der neuen Klimapolitik?

Nachdem auch der Bundesrat am 8. Juli die Gesetze zur Energiewende und zum Atomausstieg gebilligt hat, ist der Weg frei. Ein neuer Abschnitt der Energieversorgung kann beginnen: ohne Atomkraft und mit dem Ziel einer Vollversorgung durch regenerative Energien.

Und das alles unter der Ägide einer schwarz-gelben Bundesregierung, die bislang nicht durch eine besonders nachhaltige und zukunftsgerichtete Klimapolitik auf sich aufmerksam gemacht hat. Verkehrte Welt fanden viele Klimaschützer und Umweltaktivisten, und selbst einige Grüne Politiker taten sich schwer mit der neuen „Einigkeit“ in der Energiepolitik. Und diese Skepsis ist auch angebracht. Selbst wenn man den Ausstieg aus der Atomkraftnutzung bejubeln mag, bleiben doch viele offene Fragen. Und viele Details lassen daran zweifeln, ob es mit dem Klimaschutzwillen der Bundesregierung so weit her ist.

Denn die Bundesregierung plant nun, den Bau besonders klimaschädlicher Kohlekraftwerke ausgerechnet mit Mitteln zu fördern, die eigentlich dem Klimaschutz dienen sollen. Nämlich mit Mitteln aus dem Sondervermögen des „Klima und Energiefonds“. In diesen Fonds fließen ab 2012 alle Einnahmen aus dem Verkauf von CO₂-Zertifikaten. Unternehmen müssen diese erwerben, wenn sie CO₂ ausstoßen. Dieser „Ökofonds“ gilt als der zentrale Baustein für den Ausbau erneuerbarer Energien.

Nun wurden Pläne bekannt, dass mit diesen Mitteln auch der Bau von neuen Kohlekraftwerken gefördert werden soll. In den Jahren 2013 bis 2016 sollen jährlich mehr als 150 Millionen Euro aus dem Klima- und Energiefonds dafür zur Verfügung gestellt werden.

Das ist die perfekte Quadratur des Kreises. Mit Mitteln des Klimaschutzes werden in höchstem Maße klimaschädigende Kraftwerke gebaut. Die Kohleverstromung ist die

klimaschädigsten Art der Stromerzeugung. Braun- und Steinkohlekraftwerke sind mehr als doppelt so klimaschädlich wie moderne Gaskraftwerke. Mehr als die Hälfte der eingesetzten Energie geht als ungenutzte Wärme verloren, wie die Dampf Wolken über den Kühltürmen verdeutlichen. Darüber hinaus sind Kohlekraftwerke mit ihren hohen Investitionskosten auf eine sehr lange Nutzungsdauer von über vierzig Jahren ausgelegt. Wenn jetzt neue Kohlekraftwerke gebaut werden, legen sie einen hohen Sockel klimaschädlicher Emissionen für Jahrzehnte fest.



Eine seltsame Form der Energiewende! Entsprechend gab es Kritik. Der Vorsitzende BUND Hubert Weiger sprach von „Absurdistan in Reinkultur“. Auch SPD und Grüne kritisierten die Pläne heftig und sprachen von einer Zweckentfremdung

der Gelder – was ja auch nur zu offensichtlich ist.

Die Energiegesetze enthalten aber noch weitere Regelungen, die an dem Klimaschutzwillen der Regierung zweifeln lassen.

So sollen aus den Mitteln des Ökofonds ab 2013 besonders stromintensive Betriebe mit einem Betrag von jährlich 500 Millionen Euro gefördert werden. Auch hier betont der BUND, dass dies mit Klimaschutz nichts mehr zu tun hat und fordert, dass der gesamte Ökofonds für Klimaschutzmaßnahmen genutzt werden soll – die Förderung von effizienter Stromnutzung inklusive. Anstatt weiterhin auf hohem Niveau Energie zu verschwenden, wäre es angebracht, über stromsparende Techniken nachzudenken. Die geplante großzügige Subventionierung der Verschwendung bewirkt nun das genaue Gegenteil.

Auch das geplante Netzausbaugesetz steht in der Kritik. Der Bau neuer Stromleitungen ist nicht genügend an den Ausbau erneuerbarer Energien gekoppelt kritisiert der BUND und sieht zudem bei den Beschleunigungsgesetzen die Gefahr,

dass die Anforderungen an den Naturschutz weiter reduziert werden.

Auch in einem ganz anderen Punkt wird deutlich, welche Lobbyinteressen sich bei der Regierung durchsetzen: bei der Einführung eines neuen Öko-Siegels für PKW. Ähnlich wie bei Waschmaschinen oder Kühlschränken werden Autos zukünftig in Verbrauchsklassen aufgeteilt und bekommen eine entsprechende Kennzeichnung. Weil aber nicht der absolute CO₂-Ausstoß pro gefahrenen Kilometer als Maßstab genommen wird, sondern der CO₂-Ausstoß in Relation zum Eigengewicht des Fahrzeuges gesetzt wird, kommt ein Porsche Cayenne in die gleiche Schadstoffkategorie wie ein Smart.

Auch dieser „Etikettenschwindel“ blieb nicht unkritisiert. So bezeichnete der verkehrspolitische Sprecher des VCD Gerd Lottsiepen diese Regelung als „skandalösen Kompromiss“ bei dem es anstatt um Klimaschutz nur um die Verkaufsinteressen der Automobilkonzerne gehen würde.

Je schwerer ein Auto ist, desto mehr darf es ausstoßen, so die Kritik des VCD weiter.

So würden der Mercedes S 400 Hybrid mit durchschnittlich 186 Gramm CO₂ je Kilometer sowie der Audi Q7 3.0 TDI Clean Diesel mit immer noch 219 Gramm CO₂ und der BMW ActiveHybrid X6 mit 231 Gramm auf der Farbtabelle im Autosalon immer noch eine Klima-Klasse besser dastehen als z. B. ein Peugeot 107, ein Citroen C1 oder ein Toyota Aygo mit jeweils nur 106 Gramm CO₂.



Der Gedanke an Klimaschutz hat sich da in den parlamentarischen Beratungen verflüchtigt. Hier zeigt sich wieder eine besondere Schwierigkeit der Klimaschutzpolitik. CO₂ ist unsichtbar und geruchlos, der Klimawandel geht kaum spürbar und daher von vielen unbemerkt vor sich. Gelegenheit genug für Lobbyisten ihre Interessen durchzusetzen und für willfährige Politiker vollkommen kontraproduktive Regelungen einzuführen.

Fazit: schwarz-gelbe Klimapolitik bleibt den Interessen der Energiewirtschaft bzw. der Automobilkonzerne verhaftet. Der Beschluss zum Ausstieg aus der Atomkraft stellt lediglich den vorherigen status quo wieder her. Es soll in erneuerbare Energien investiert werden, gleichzeitig werden hohe Summen in den Bau neuer klimaschädigender

Kohlekraftwerke investiert. Und die Fahrer großer Dreck schleudernder Karossen können per Etikettenschwindel ihr Gewissen beruhigen. Nach der großen Energiewende sieht das nicht aus.

Holger Marks



Essgeschirr, Kaffeegedecke,
Alt-, Sekt-, Weingläser, Besteck
10 Cent/geliehenes Geschirrtteil



BI B 3 a:

Lärm- und Schadstoffreduktion eines innerstädtischen autobahnähnlichen Verkehrswegs

Im Zuge der Arbeit der sich vor etwa einem Jahr konstituierten Bürgerinitiative (BI) zur B 3 a stehen derzeit Aspekte der Reduzierung von Lärm und diversen anderen Emissionen im Mittelpunkt. Wir sehen uns hier durchaus im Konsens mit Marburgs Verwaltungsspitze sowie der mit rot-grüner Mehrheit regierenden Stadtverordnetenversammlung. Sie - namentlich der OB und sein Vertreter - richteten in der Vergangenheit verschiedentlich Anfragen wie Appelle an den zuständigen Regierungspräsidenten in Gießen, hier moderate, etwa die Geschwindigkeit reduzierende Maßnahmen zu ergreifen. Solchen Initiativen bleibt bis heute der Erfolg auf ganzer Linie versagt. Ergänzend bleibt darauf hinzuweisen, dass die Deutsche Bahn, die im Parallelverkehr mit der „Stadtautobahn“ verkehrt, in den Protest mit einbezogen wird.

Auch deshalb sehen sich die engagierten Bürger und Bürgerinnen im Rahmen der

BI veranlasst, erneut und zwar in erweiterter Form, politisch oder administrativ Verantwortliche auf diese Misere hinzuweisen. Zu ergänzen hinsichtlich der Initiatoren des Schreibens bleibt noch, dass sich mit Blick auf die Stärkung der Stoßkraft neben unserer BI noch die Initiativegruppe Marburger Stadtbild und Stadtentwicklung (IG M.A.R.S.S.)



owie diverse Agenda-Gruppen in Marburg an diesem Protestschreiben beteiligen. Die Initiatoren werden in den nächsten Tagen ein gleichlautendes Schreiben an den Bundesverkehrsminister Ramsauer, den Bahnvorstandschef Grube, den Hessischen Verkehrsminister Posch sowie den Regierungspräsidenten in Gießen richten.

Zur Information für unsere Rundbriefleser seien hier einige zentrale Passagen aus dem Schreiben zitiert:

„(...) die oben angegebenen Marburger Bürgerinitiativen wenden sich heute gemeinsam da Sie, da es nur durch das aktive Zusammenwirken aller Verantwortlichen gelingen kann, die unerträglich gewordene Lärm-belästigung durch Verkehre auf der B 3 a „Stadtautobahn“ sowie der Main-Weser-Bahn im Stadtgebiet Marburg zu beseitigen. Wir verkennen dabei nicht die bisherigen Anstrengungen und Bemühungen einiger beteiligter Behörden, das grundsätzliche Problem der verkehrsbedingten Lärmbeeinträchtigungen anzugehen ...

(...) erwarten wir von Ihnen (...) die unverzügliche Entwicklung und Umsetzung wesentlich umfassenderer Maßnahmen zum Lärmschutz in Zusammenarbeit mit den betroffenen Bürgern vor Ort (vgl. BImSchG § 47 d, Abs. 3). Die Marburger Bürgerinnen und Bürger erdulden die gesundheitsschädlichen Lärmemissionen von Schiene und mehrspurig

ausgebauter Bundesstraße bereits viele Jahre. (...) Die Lärmemissionen durch Straßen- und Schienenverkehr allein sind schon nach den bisherigen Berechnungsmethoden im kritischen Bereich. Die überfällige Gesamtbetrachtung (Summation des Lärms) ohne Einbeziehung des Schienenbonus ergibt einen realistischen Blick auf die Situation in Marburg.(...)



(...) Im einzelnen fordern wir (...) Reduzierung der Höchstgeschwindigkeit für PKW auf 80 km/h und LKW auf 60 km/h im Bereich der B 3 a „Stadtautobahn“ im Bereich von Anschlussstelle Gisselberg bis Anschlussstelle Marburg-Wehrda sowie die Einrichtung einer permanenten Langsamfahrtstrecke mit maximal 30 km/h für den Bahngüterverkehr im Bereich Marburg-Süd bis Cölbe. (...) Anpassung und Neubewertung der akustischen Rahmenwerte des BImSchG, insbesondere die Streichung des Schienenbonus von 5 dB (A),

Neubewertung der Relevanz von Mittelungs- und Spitzenpegeln und der reflektionsbedingten Dauer einzelner Schallereignisse, Entwicklung von verlässlichen Messgrundlagen (...) Mitbestimmungsrechte von Kommunen über Bundes- und Landesverkehrswege innerhalb ihrer Gemarkung zum Schutz der dort wohnenden Bevölkerung (...)

(...) Lärmvermeidung an der Quelle mittels Flüsterasphalt für die Straße und bei der Bahn am rollenden Material etwa durch beschleunigte Umrüstung aller Gütertransportwagen mit Verbundstoffbremssohlen, regelmäßige Kontrolle der Riffeltiefe des Schienenkopfs sowie Reduzierung von Lärm und Erschütterungen durch Radschall und Schienenschallabsorber (...). Als Endausbaustufe die Entwicklung und Ausführung eines

städtebaulichen Konzepts zur Einhausung und tendenziellem Rückbau der B3a (...).“



Die Forderungen liegen zeitlich in unterschiedlicher Reichweite und gliedern sich gewissermaßen in kurz-, mittel- und langfristig zu realisierende Ziele. Wir sind auf die Reaktionen gespannt.

Wolfgang Schuchart



„Aus“ für umweltpädagogische Angebote

– Schwarz-grüne Koalition beabsichtigt Schließung des Schulbiologiezentrums in Biedenkopf



Die Regierungskoalition im Landkreis Marburg-Biedenkopf beabsichtigt die Schließung des Schulbiologiezentrum (SBZ) an der Lahntalschule Biedenkopf. Ein Jahr vor Ihrem 25jährigen Bestehen bedeutete dies das Ende der erfolgreichen überregional anerkannten umwelt-pädagogischen Einrichtung.

Am 31.03.1987 wurde das SBZ in der Trägerschaft des Landkreises Marburg-Biedenkopf an der Lahntalschule Biedenkopf mit ökologischen Lernstationen eingerichtet. Der pädagogische Bedarf für ein solches Zentrum war gegeben, um die durch Umweltberater geleistete Umwelterziehung an vielen Schulen innerhalb des Landkreises zu koordinieren.

Schulisches Lernen sollte lebensnäher und praktischer gestaltet werden. Das

SBZ, angesiedelt im Neubau der Lahntalschule Biedenkopf, in idyllischen Lage am Rande der mittlerweile renaturierten Lahnaue und umgeben von fußläufig zu erreichenden Waldgebieten ist ein idealer Ort, um Schülergruppen Realerfahrungen über die Zusammenhänge von Natur und Landschaft zu vermitteln.

Die Angebote des SBZ verstehen sich somit auch als außerschulischer Lernort und werden im Landkreis und über die regionalen Grenzen intensiv nachgefragt. Es bestehen Schwerpunkte in der Schulgartenarbeit und Imkerei, in der Gewässerökologie und allgemeinen Fragen der Umwelterziehung.

Das SBZ weist über die vielen Jahre seines Bestehens eine beständige Auslastung durch Besuchergruppen vor. Einige

Gruppen können aufgrund personeller Auslastung gar nicht bedient werden. Durch die Entwicklung von jahreszeitlichen Projektideen wird auch in den Wintermonaten ein umweltpädagogisches Angebot bereit gestellt, welches ebenfalls stark nachgefragt wird.



Mit der Umsetzung des Koalitionsbeschlusses würde eine sehr anerkannte natur- und umweltpädagogische Einrichtung zerstört, welche noch dazu im kommenden Jahr ihr 25jähriges Jubiläum feiern würde.

Mit Blick auf die zunehmend bedeutsamen ökologischen Fragestellungen irritiert es, dass diese Arbeit plötzlich nichts mehr wert ist und ersatzlos gestrichen werden soll. Den politischen Entscheidungsträgern im Landkreis scheint die Umweltbildung nichts mehr wert zu sein.

Als Begründung wird ein Rechnungshofbericht von 1999 (!)

bemüht, der seinerzeit die Schließung des SBZ aus Einsparungsmöglichkeit bei der Wahrnehmung freiwilliger Aufgaben empfohlen hatte.

In der Folge vorgegebene Einsparauflagen konnte das SBZ erfüllen. Dennoch nun die Schließungsabsicht ohne weitere Diskussion über Notwendigkeit und Möglichkeiten der Aufrechterhaltung des umweltpädagogischen Angebots!

Den politischen Entscheidern beim Kreis scheint dabei allerdings entgangen zu sein, dass das Bundesnaturschutzgesetz 01.03.2010 einen entsprechenden Bildungsauftrag in §2 Abs. 6 BNatSchG formuliert hat, der die öffentlichen Träger verpflichtet, das allgemeine Verständnis für die Ziele des Naturschutzes über die Erziehungs- und Bildungsträger zu fördern.

Vor diesem Hintergrund kann das Schulbiologiezentrum keineswegs „nur“ als freiwillige Leistung des Landkreises angesehen werden. Auch der seinerzeitige Rechnungshofbericht entspricht nicht mehr der aktuellen Rechtslage.

Vielmehr ist davon auszugehen, dass die öffentlichen Träger entsprechende

Institutionen einzurichten haben, um den gesetzlichen Vorgaben zu entsprechen. Vor diesem Hintergrund ist die Schließung des Biologiezentrums widersinnig, da es die gesetzlichen Aufgaben bereits umfassend wahrnimmt.

Der Schulträger des Landkreis Marburg Biedenkopf fördert das Schulbiologiezentrum als Ort außerschulischer Umweltpädagogik mit einem jährlichen Betrag von 100.000 Euro für die personelle und sachliche Ausstattung. Das hessische Kultusministerium unterstützt die Einrichtung durch eine Abordnung von 4 Lehrerstunden. Damit sind die Rahmenbedingungen geschaffen, dass jährlich mehr als 2000 Schülerinnen und Schüler aus Schulen des Landkreises Marburg-Biedenkopf mit ihren Lehrer/innen und gemeinsam mit den Mitarbeiter/innen des SBZ die Möglichkeit wahrnehmen, sich entdeckend und forschend für die Entwicklung von Umweltbewusstsein und verantwortungsvollem Umwelteverhalten auseinander zu setzen.

Hinzu kommt die Beratung und Fortbildung von Lehrkräften im Rahmen

des hessischen Lehrerbildungsgesetzes. Das SBZ unterhält eine eigene Imkerei mit Schaukästen und arbeitet seit vielen Jahren eng mit dem Bieneninstitut Kirchhain in der hessischen Lehrerfortbildung zusammen. Diese Zusammenarbeit unterstützt die Schulimkerei an vielen hessischen Schulen. Hierdurch erfährt das SBZ auch hessenweit eine große Wertschätzung.



Daneben besteht ein Netzwerk mit Kooperationspartnern wie z. B. Forstamt, Bieneninstitut, Gartenbau- und Imkereivereine, Naturschutzverbände und den Fachabteilungen des Kreises Mbg.-Bdk. Das SBZ ist damit auch ein wichtiges Natur- und Umweltzentrum für die Region.

Auch der Schulstandort und damit auch der Wohnstandort Biedenkopf würden durch die beabsichtigte Schließung gegenüber dem Ostkreis einmal mehr geschwächt.

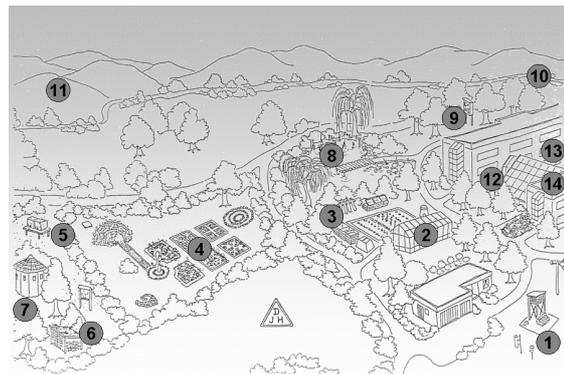
Im Hinblick auf die demographische Entwicklung dürfte es wohl kaum verwundern, dass gut ausgebildete Fachkräfte das Hinterland verlassen, bzw. gar nicht erst hierher kommen. Führende Wirtschaftsunternehmen in der Region beklagen immer wieder den Umstand, dass sie mit deutlich strukturstärkeren Gebieten, um gutes Personal konkurrieren müssen. Einen wesentlichen Gesichtspunkt bei der Entscheidung sich hier niederzulassen spielen die so genannten weichen Standortfaktoren, wie z. B. ein gutes schulisches Bildungsangebot, welches die Lahntalschule anbietet. Dieses Angebot wird weiter ausgehöhlt, indem man das Schulbiologiezentrum schließt.

Der Koalitionsvertrag erhält auch einen Punkt zur Beibehaltung des dezentral organisierten Schulsystems ("kurze Beine, kurze Wege"). Wie passt die Zentralisierung von Bildungsangeboten im Raum Marburg mit diesen Vorstellungen zusammen?

Umweltbegegnung und Umweltbildung sollten der Koalition unter Federführung des grünen Dezernenten gerade unter

den heutigen Gegebenheiten ein Anliegen sein.

Bei allen Einsparungserfordernissen der öffentlichen Haushalte kann es nicht per se nur um Einsparungen und Aufgabenverlagerung gehen. Die Einsparungen sind letztlich auch gleich null, da das Personal beim Kreis ohnehin weitergeführt werden muss und tlw. gleiche Aufgaben wahrgenommen werden sollen.



Als BUND fordern wir eine Diskussion darüber, wie die Umweltbildungsarbeit in Kooperation mit den Schulen, Forstämtern, Naturschutz-, Imker- und Gartenbauvereinen im Kreis aufgestellt werden kann, ohne dass vollendete Tatsachen zu geschaffen werden.

Wir erwarten

- eine Stornierung des Schließungsbeschlusses für das SBZ
- ein Konzept zur Umweltbildungsarbeit im Landkreis Marburg-Biedenkopf

- *ein Konzept zur naturschutzgerechten Nutzung und Entwicklung kreiseigener Liegenschaften.*

Eine Einbindung aller relevanten Institutionen und Umwelt-, Imker- und Gartenbauverbände sollte dabei selbstverständlich sein. Auch der fast zur Bedeutungslosigkeit degradierte Naturschutzbeirat könnte hierbei sinnvoll eingebunden werden.

25 Jahre erfolgreiche und anerkannte ökologische Bildungsarbeit sind es wert, alle Möglichkeiten einer Fortführung des SBZ auszuloten.

Für den Ortsverband Biedenkopf-Breidenbach-Dautphetal

Matthias Schneider
(1. Vorsitzender)

druckhaus marburg

Der schnelle Weg zum guten Druck

Clean-Energy-Printing

Im Rudert 13 · 35043 Marburg
Telefon (064 21) 95 03-0 · Fax 95 03-33
eMail: info@druckhaus-marburg.de
www.druckhaus-marburg.de

Planung A 49:

fehlender Bedarf, fehlende Verbandsbeteiligung, fehlende verkehrliche Alternativen



Umweltverbände geben sich in der Hoffnung auf eine adäquate Einbeziehung in laufende Planungsverfahren immer noch gerne mit der Hoffnung, besser dem Glauben zufrieden, solch eine Mitwirkung entsprechend der gesetzlichen Möglichkeiten fände auch tatsächlich statt. Nicht nur „Stuttgart 21“ zeigte, dass dem erst einmal überhaupt nicht so ist. Und offenbar nur massiver Druck die Verantwortlichen dazu zwingt, sich hier an demokratische Partizipation „erinnern zu lassen“. Hinter im wesentlichen verschlossenen Türen erarbeiten Behörden der staatlichen Verwaltung zusammen mit ihren gutachterlich tätigen Planungsbüros die Projektunterlagen. Und dann erlauben oder sollte ich sagen: erlaubten sie früher

in den Verfahren eine einigermaßen angemessene durch Stellungnahmen schriftliche wie in den Anhörungsverfahren mündliche Beteiligung.

Dies kippten -übrigens unter maßgeblicher Beteiligung Hessens im Bundesrat- die sogenannten Beschleunigungsgesetze für Infrastrukturgroßprojekte bereits vor einiger Zeit. Eilfertig, wie da gerade hessische Verkehrsbehörden mit dem Minister an der Spitze nun einmal verfahren, setzten dies auch hessische Behörden im Zusammenhang mit der Planung der A 49 bereits um. Relevante Fragen zum verkehrlichen Bedarf, neben den naturschutzrechtlichen Konflikten der zweite zu prüfende wesentliche Aspekt im Planfeststellungsverfahren, ließen die Behörden in der Anhörung nicht mehr zu.



Immerhin galten schon -mit Zahlen untermauert- die Entlastungswirken anderer Straßen des Planungskorridors bei Realisierung der A 49 als schlicht fragwürdig, wenn nicht falsch. Ebenso zeigte sich ein wegen europäischer Naturschutzbelange (FFH-Gebiete) erforderliches Abweichungs- bzw. Ausnahme-verfahren innerhalb der Planung als wenig geeignet, dem Projekt die für es notwendigen Bedarfskriterien zu verschaffen. Und nicht zuletzt zeigten sich etwa beim Aufkommen von Lärm in der Prüfung derart gravierende Fehler, dass hier am seriösen Bemühen der Behörden ernsthafte Zweifel angesagt sind. Zudem legten Bürgerinitiativen und der BUND ein alternatives Verkehrskonzept für die einschlägige Region vor, das nicht nur aber auch mit - wo nötigen- Ortsumgehungen würde Entlastung bringen können. Und dabei ist von der Einbeziehung der Bahn oder

dem ÖV in die Diskussion noch gar nicht die Rede.

Mittlerweile erstaunt man ob der etwa in Interviews des Ministers geäußerten „Eiertänze“ bei offenbar neuer (anderer?) Bedarfslegitimation dieser Verkehrswegs in Mittelhessen. Hieß es früher noch -so auch in der Projektbegründung-, dass wesentlich die Entlastung von A 5 und A 7 das Projekt motivieren. So nimmt man nun erstaunt wahr, dass primär die Entlastung der Verkehre vor Ort (etwa Treysa, Stadtallendorf oder Kirchhain) die Planung motivieren. Natürlich ebenso der erhoffte, gebetsmühlenartig wiederholte infrastrukturelle Aufstieg dieser Region. Und nicht genug: gleichzeitig behauptet der Minister auch noch, dass ja Fahrten von Mittelhessen nach Südhessen, etwa Frankfurt und Umgebung schneller abgewickelt werden können. Wobei er wie sein Vorgänger Rhiel früher dauernd über die Stärkung der mittelhessischen Region räsonnierten und nicht gerade den verkehrlichen Exodus aus der Region betonten. Offensichtlich geht es und ging es bei Verkehrswegeplanungen nie um ein sauberes Abarbeiten des Bedarfs oder

des sogenannten Nutzen- und Kostenverhältnisses von anstehenden Projekten. Im Vordergrund stand immer schon der ganz deutlich auch durch Lobbyinteressen untermauerte „ewige Auftrag“ der Verkehrsbehörden, unser bereits durch früheren Bau und Ausbau an die Spitze der Welt katapultiertes überregionales Straßennetz bedenkenlos zu erweitern. Sodass Aspekte wie die drohende Klimaentwicklung, der ungebremste Ausstoß von Emissionen

oder Ver- wie Zersiedelungsaspekte und Zerstörung (noch) intakter Landschaftsräume kläglich auf der Strecke bleiben.

Wolfgang Schuchart



Apfelernte 2011



Die diesjährigen Erntetermine im Heiligen Grund finden statt:

am Samstag den 17. September,

8. Oktober,

15. Oktober.

Treffpunkt wie immer 10.00 Uhr Alte Kirchhofsgasse 10 in Ockershausen.

Jeder freiwillige Helfer ist willkommen.

BUND formuliert Forderungen an die Kommunalpolitik in den nächsten fünf Jahren.



Wenn Wahlen etwas ändern würden...
Zumindest nach den Kommunalwahlen in Marburg gab es keine große Überraschungen und auch wenig Veränderungen. In der Stadt Marburg konnte sich Oberbürgermeister Vaupel über ein deutliches Vertrauensvotum der Wählerinnen und Wähler freuen. Die rot-grüne Stadtparlamentsmehrheit wurde bestätigt und kann weiter regieren.

Im Landkreis ergaben sich mehrere Möglichkeiten. Die bestehende „Jamaika-Koalition“ aus CDU, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP zusammen mit den Freien Wähler errang eine Mehrheit. Es wäre aber nach Stimmenzuwächsen nicht nur bei den Grünen, sondern auch bei der SPD – die künftig stärkste Fraktion im Kreistag ist – auch im Kreis ein rot-grüne Koalition möglich gewesen. Eine Option, die von den Grünen aber wohl nicht ernsthaft in Erwägung gezogen wurde, denn man

einigte sich sehr schnell auf eine Fortsetzung der Koalition mit der CDU und den Freien Wählern – und auf einen Koalitionsvertrag für die kommende Legislaturperiode.

Um auf die Inhalte und Ziele der Kommunalpolitik in den nächsten fünf Jahren Einfluss zu nehmen, hat der Kreisvorstand des BUND einen umfangreichen Brief an alle Fraktionen in der Stadtverordnetenversammlung und im Kreistag geschickt. Auf der Kreisvorstandssitzung im Mai wurden die wichtigsten Punkte zusammengetragen und anschließend von einigen engagierten Mitgliedern zu einem Brief formuliert.

Besonders zwei große Themenbereiche wurden dabei herausgestellt:

In der Energie- und Klimaschutzpolitik haben wir uns dafür eingesetzt, eine Vollversorgung mit

erneuerbaren Energien möglichst zügig und umgehend zu verwirklichen und dabei alle kommunalen Handlungsmöglichkeiten zu nutzen. Das Klimaschutzkonzept für die Stadt Marburg, das derzeit erarbeitet wird, muß alle drei Säulen einer nachhaltigen Energieversorgung (Energieeinsparung, rationeller Energieeinsatz und Nutzung regenerativer Energiequellen) gleichermaßen berücksichtigen. Die derzeit betriebene Verlagerung der Windstromerzeugung – sei es auf Off-Shore Anlagen in der Nordsee oder in Umlandgemeinden des Landkreises – ist keine geeignete Lösung. Die Erzeugung muss vor Ort erfolgen.



Der BUND fordert die Parteien daher auf, die Planungen für die Windkraftnutzung auf den Lahnbergen wieder aufzunehmen.

Akzeptanzprobleme sollten durch eine offene, frühzeitige und vertrauensschaffende Bürgerbeteiligung aufgegriffen werden. Bürgerbeteiligungsmodelle sollten offensiv in der Planung berücksichtigt werden.

Für den Bereich der Mobilität fordert der BUND eine grundlegende Stärkung der „schwächeren“ Verkehrsteilnehmer wie Fußgänger, Radfahrer oder auch Behinderte. Bei allen verkehrspolitischen Maßnahmen muss es Ziel sein, den Anteil des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) zu stärken und den Anteil des nicht nachhaltigen motorisierten Individualverkehrs (MIV) zu reduzieren. Dabei müssen die Maßnahmen nicht viel Geld kosten. Eine Gleichbehandlung von Fußgängern und Radfahrer an Ampelkreuzungen ist ohne großen Kostenaufwand zu erreichen. Es ist nur eine „Umprogrammierung“ der Verkehrscomputer nötig, um allen Verkehrsteilnehmern ein Überqueren der Kreuzung in einem Zug zu ermöglichen.

Ein Ausbau des Radwegenetzes und eine Überarbeitung des veralteten Radverkehrsplanes von 1998 sind ebenfalls Bestandteil der Forderungen des BUND für die nächste Wahlperiode. Damit soll der gestiegenen Bedeutung des Fahrrades als umweltfreundliches Verkehrsmittel Rechnung getragen werden.



Und der BUND hat sich dafür ausgesprochen, die Überlegungen, mittels einer Seilbahn das ÖPNV-Angebot auf die Lahnberge zu ergänzen, zumindest nicht voreilig zu verwerfen, sondern ernsthaft die sich daraus ergebenden Chancen für eine nachhaltige Mobilität zu überprüfen. Besonders in Kombination mit den Windkraftanlagen auf den Lahnbergen, die den notwendigen Betriebsstrom für die Seilbahn erzeugen könnten, wäre eventuell die Chance auf eine umweltfreundliche Verbindung zu dem

zukünftigen „Campus-Lahnberge“ gegeben.

Die Forderungen an die Parteien im Landkreis haben im Wesentlichen den gleichen Tenor. Ein zusätzlicher Schwerpunkt ist hier, den geplanten Ausbau der A 49 zu verhindern. Ein durch zwei Bürgerinitiativen und den BUND vorgelegtes „Alternativkonzept“ verdeutlicht, wie auf der Ebene des vorhandenen Straßennetzes das zu erwartende Verkehrsaufkommen befriedigt werden kann. In dem Brief fordern wir die Parteien im Kreistag daher auf, sich nachhaltig gegen die Realisierung dieses für die gesamte Region schädlichen Projekts einzusetzen.

Die Brief an die Parteien in Stadt und Landkreis sind rechtzeitig vor Beendigung der Koalitionsverhandlungen abgeschickt worden. Leider gab es nur wenigen Reaktionen. Immerhin bedankten sich zwei Parteien für den Brief und von der Stadtfraktion der „Linken“ wurden wir zu einer Fraktionssitzung eingeladen, um über die angesprochenen Themenbereiche zu

diskutieren. Eine Einladung, die wir gerne angenommen haben.

Wer Interesse hat, kann den vollständigen Wortlaut der Briefe bei

der Geschäftsstelle des KV anfordern bzw. ihn auf unserer Homepage unter <http://bund-marburg.de> herunterladen.

Holger Marks



Apfelsaft
von Marburger Streuobstwiesen- unbehandelt
Direktpressung - naturtrüb 0,7l



mindestens haltbar bis: siehe Verschluss
Aufühlbetrieb: Kelterei Mayer und Schlichterle, D-35099 Burgwald- Ernsthausen, Tel. 06457/358

**Apfelsaft von Äpfel aus eigenem
Streuobstwiesenbestand im
Heiligen Grund**

Preis 14 €/Kiste (12 Flaschen) + Pfand

1,20 €/Flasche + Pfand

Bericht vom achten Praxis-Workshop 2011 des Arbeitskreis Energie

Kommunale Handlungsmöglichkeiten für eine zukunftsfähige Energieversorgung

Eine BUND-Tagung am 26. Februar 2011 im Saalbau Gutleut in Frankfurt

Klimaschutz und die Zurückdrängung atomarer Risiken sind neben Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit die Kernforderungen an ein zukunftsfähiges Energiesystem unserer Gesellschaft. Entsprechend dem Motto „Global denken – lokal handeln“ kommt der kommunalen Ebene eine entscheidende Bedeutung zu. Hier werden neue Ideen geboren, hier können sich Bürgerinnen und Bürger allein oder in Gruppen engagieren, Pläne erarbeiten, Entscheidungen vorbereiten und schließlich findet hier auch die Umsetzung in reale Praxis statt.

Mit diesem Workshop wollte der AK Energie im BUND Hessen nicht nur die grundsätzlichen Möglichkeiten kommunalen Entscheidens und Handelns im Energiebereich aufzeigen, sondern durch wirklichkeitsnahe Berichte aus „vorbildlichen“ Kommunen aufzeigen, was dort realisiert wurde und was in

gleicher oder ähnlicher Weise auch an anderer Stelle gemacht werden könnte. Ergänzt wurden die Berichte durch ein offenes Diskussionsforum, in dem lokale Initiativen ihr Tun präsentierten. Dieses Konzept fand guten Anklang bei den etwa sechzig Anwesenden, wie nicht nur die lebhaften Diskussionen sondern auch die Beurteilungen auf den zahlreich abgegebenen Bewertungsbögen zeigten.



■ In seiner kurzen Begrüßung und Einführung erinnerte Hans Ackermann daran, dass in dem neuen „Bundesländervergleich Erneuerbare Energien 2010 der Agentur für erneuerbare Energien“ **Hessen**

wiederum nur einen der hinteren Plätze erreichte und daher dem kommunalen Engagement eine ganz besonders große Bedeutung zukommt

um das Versagen der Landesregierung auf diesem Sektor zu kompensieren. Den Kommunen stehen dafür zahlreiche Handlungsmöglichkeiten zur Verfügung, auf die der BUND Hessen in seinen „Energieleitlinien“ eindringlich hinweist. Viele realisierte Beispiele werden die weiteren Referate schildern.

■ Der Workshop startete mit einem Grundlagenblock aus zwei Referaten. Zunächst diskutierte Dr. Holger Marks die **Kommunalen Handlungsmöglichkeiten aus sozialwissenschaftlicher Sicht**. Soziale Systeme sind hoch komplexe Gebilde, die durch Politik, Recht, Wirtschaft, Wissenschaft, Kunst und Ökologie bestimmt sein können und innerhalb derer die handelnden Menschen agieren. In der kommunalen Energiepolitik können fünf Dimensionen unterschieden werden, die durch Wertvorstellungen, Parteipolitik, institutionelle Strukturen, Persönlichkeiten und materielle Gegebenheiten charakterisiert sind. Interessant ist deren

unterschiedliche Prägung je nach dem, ob eine offensive oder konservative Energiepolitik gewollt ist.

■ Im zweiten Vortrag des Grundlagenblocks beleuchtete RA Dr. Fabio Longo die **Kommunalen Handlungsmöglichkeiten aus rechtlicher Sicht**. Diese fußen auf Art. 28 (2) des Grundgesetzes „Den Gemeinden muss das Recht gewährleistet sein, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln.“ Konkret fallen unter die kommunalen Kompetenzen der örtlichen Energieversorgung: Die Energieerzeugung für den örtlichen Bedarf, die örtlichen Energienetze und die Konzessionsvergabe. Dabei sind als legitime Ziele die Steigerung der lokalen Wertschöpfung, die Energieautonomie, die Versorgungssicherheit aus örtlichen Quellen und Klimaschutz (?) anerkannt. Als Beispiele werden die Bauleitplanung und aktuell die Marburger Solarsatzung diskutiert.





■ Der erste Beispielblock wurde von Paul Fay mit dem Referat **Frankfurt a. M. – vorbildliche Großstadt?** eröffnet. Energiepolitik hat in Frankfurt eine lange Tradition. 1980 wurde das kommunale Energiebüro und 1990 das Energiereferat gegründet. Die Klimaschutzziele sehen eine Halbierung der CO₂-Emissionen bis 2030 vor. Pro Einwohner sind sie von 11,3 t (1992) auf 9,7 t (2008) zurückgegangen. Ein Schwerpunkt der Energiesparmaßnahmen ist der Passivhausbau, der 2010 steil ansteigend eine Nettogrundfläche von 120.000m² erreicht hat, sowie die Sanierung historischer Gebäude. Ein zweiter Schwerpunkt ist die Fern- und Nahwärmeversorgung mit Kraft-Wärme-Kopplung. Die CO₂-Emissionen städtischer Liegenschaften wurden seit 1990 um 28% reduziert und können bei Fortsetzung des Trends bis 2030 das 50%-Ziel erreichen.

■ Bei der Diskussion des Themas **Marburg – vorbildliche Universitätsstadt?** muss man, so erläuterte Jürgen Rausch, im Auge behalten, dass im Innenstadtbereich 25% der Gebäude unter Denkmalschutz stehen. So wurde eine Solarsatzung auf den Weg gebracht, die dessen Interessen in besonderer Weise Rechnung trägt. Ein kommunales Förderprogramm unterstützt solarthermische Investitionen von BürgerInnen sowie besonders effiziente Ersatzmaßnahmen wie KWK-Anlagen oder Nahwärmenetze. Bewährt hat sich das seit 2003 laufende 30/40/30-Energiespar-Prämiensystem für Schulen, mit dem CO₂ und Kosten durch verändertes Nutzerverhalten eingespart werden. Auf Marburgs Dächer sind Photovoltaikanlagen von nahezu 5 MW installiert mit erheblichem Anteil der kommunalen GeWoBau. Holzheizungen, Nahwärmenetze, Windräder, Modellprojekte runden das Bild.

■ Die Vernetzung der Interessen von Stadt - BürgerInnen - Stadtwerke ist ein Kennzeichen von Wolfhagen; so eröffnete Martin Rühl sein Referat über

Wolfhagen – vorbildliche Kleinstadt?

Das gemeinsame Gesamtziel gemäß Beschluss der Stadtverordneten 2008 heißt „100% Stromerzeugung der Jahresmenge im Netzgebiet aus erneuerbaren Energien“. Meilensteine auf dem Weg dorthin sind neben dem bereits erfolgten Netzzrückkauf der Bau von Windrädern und Photovoltaikanlagen mit Bürgerbeteiligung und Biomasseverstromung. Die Versorgung durch ein eigenes Stadtwerk bringt den Bürgern Vorteile. Insbesondere ergänzen sich der Besitz eigener Stromnetze und die lokale Eigenerzeugung von erneuerbarer elektrischer Energie. Durch Windstrom ist eine Kostendämpfung der Haushaltstrompreise zu erwarten.

■ Mit seinem Vortrag **Schwalm-Eder-Kreis – vorbildlicher Landkreis?** eröffnete Dirk Schnurr den zweiten Beispielblock. Nach kurzer Einführung in das breite Aufgabenfeld eines Energiebeauftragten wurde ein reicher Strauß von Maßnahmen präsentiert: Sanierung der Beleuchtung in 44 Schulen und 7 Sporthallen, wärmetechnische Sanierungen an Schulen, Hausmeisterschulungen mit

gegenseitigem Erfahrungsaustausch, Umweltbildungsprojekte in Grundschulen, Anreizmodelle für Schulen, Wettbewerb Umweltschulen in Europa, PV-Anlagen auf kreiseigenen Dächern, Hessisches Leitprojekt „BIOREGIO Holz Knüll“, 37 Holzheizanlagen an Schulen.

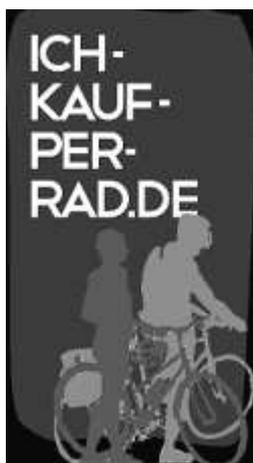


Die Maßnahmen haben zu erheblichen Einsparungen an Energie- und Wasserverbrauch geführt. Ein ehrgeiziges Klimakonzept mit konkreten Maßnahmenbausteinen soll den Weg fortsetzen.

■ Mit der Präsentation der Sammlung **Vorbildliche Energieprojekte von Kreisen und Kommunen in Hessen** schloss Wolfgang Heins den zweiten Praxisblock. Die Sammlung wurde vom Arbeitskreis Energie im BUND Hessen erstmals 2003 erstellt und erschien Ende 2010 in der dritten Auflage. Die Sammlung gliedert sich in vier Hauptteile: Organisatorische Maßnahmen, Nutzung erneuerbarer Energien, Steigerung der Energieeffizienz und alternative

Kraftstoffe. Sie enthält ca. 70 Beispiele, die in jeweils zwei Spalten beschrieben sind: die linke Spalte gibt das Schlagwort, die rechte Spalte die Beschreibung des Projekts im Telegrammstil. Um möglichst viele Nachahmer für die vorbildlichen Projekte zu finden wurde die Sammlung ins Netz gestellt: www.bund-hessen.de (Über uns, Die Arbeitskreise, AK Energie). Lassen Sie sich anregen!

■ Ein von Andrea Graf und Dr. Holger Marks moderiertes **Offenes Diskussionsforum** gab Gelegenheit, in fünf Kleingruppen an Tischen und Posterwänden verschiedene Projekte zu diskutieren und nach jeweils 15 Minuten zum nächsten Stand zu wechseln.



Folgende Projekte wurden präsentiert:

- **ich-kauf-per-rad.de**, eine Initiative für die Förderung des Fahrrads als Einkaufs-

Verkehrsmittel, bisheriger Schwerpunkt ist Darmstadt.

- **stromspar-check.de**, eine insbesondere vom Caritasverband getragene Aktion, finanziell schlecht gestellten Personen kostenlos Energiespargeräte und -beratung angedeihen zu lassen.

- **arqum.de**, ein auch unter „Ökoprofit“ bekanntes Projekt, das Kommunen und Wirtschaft zur Verbesserung des betrieblichen Umweltschutzes berät.

- **energiereferat.stadt-frankfurt.de**, Aktion „Klimatours“. Zusammen mit dem Partner AiD werden Besichtigungen besonders energieeffizienter Gebäude angeboten.

- **gedea.de**, „StromBoje“ als fischfreundliches Wasserkraftwerk in Flüssen hoher Fließgeschwindigkeit als Bürgerprojekt geplant

Bei der anschließenden gemeinsamen Abschlussdiskussion dankte das Auditorium mit lebhaftem Applaus allen Referenten, Moderatoren und ProjektvorstellerInnen für die lehrreichen und klaren Präsentationen

sowie den ausnahmslosen Verzicht auf
Honorare.

Hans Ackermann



Während der Diskussion mit Jürgen Rausch, Martin Rühl und Paul Fay

Foto: Haimo Brackemann



BUND Adressen

Kreisverband MR-BIED

Krummbogen 2
35039 Marburg
Tel.: 0 64 21 - 67363
info@bund-marburg.de
Mo., Di., Do., u. Fr. 9:00-13:00

Landesverband Hessen

Ostbahnhofstr. 13
60314 Frankfurt/Main
Tel.: 0 69 - 67 73 76 0
Fax: 0 69 - 67 73 76 20
bund.hessen@bund.net

Bundesverband

Am Köllnischen Park 1
10179 Berlin
Tel.: 0 30 - 27 58 64 0
Fax: 0 30 - 27 58 64 40
presse@bund.net

Ortsverbände

Biedenkopf, Breidenbach, Dautphetal

Matthias Schneider
Landgrafenstr. 2
35216 Biedenkopf
Tel.: 0 64 21 – 4956 (p)
Email: schneidm1@gmx.de
0174/3929220
Treffen: nach Bedarf

Gladenbach, Lohra, Bad Endbach

Gudrun Werding
Wiesenweg 4
35102 Lohra
Tel.: 0 64 26 - 54 35
Email: Gwerding@gmx.de
Treffen: 1. Mi. 19:30 Hotel zur Post

Cölbe, Lahntal, Münchhausen, Wetter

Heike Vetter
Obere Bahnhofstr. 6
35094 Lahntal
Tel.: 0 64 20/82 25 35
Email: Vetter.Heike@freenet.de
Treffen: meist 1. Do. im Monat

Marburg

Ingmar Kirck
Friedhofstr. 11
35043 Marburg
Tel.: 06421- 948116
Email: ikirck@web.de
Treffen: erfragen

Ebsdorfergrund

Reinhard Otto
Sembergsweg 2
35085 Ebsdorfergrund
Tel.: 0 64 24 - 39 86
Treffen: nach Bedarf

Weimar

Siegfried Koch
Waldstr. 6
35096 Weimar
Tel.: 0 64 26 - 59 55
Email: mail@sikoch.de
Treffen: nach Bedarf

Kirchhain

Dr. Ralph Buechler
Hintergasse 30
35274 Kirchhain-Langenstein
Tel.: 0 64 22 - 18 38
Email: ralph.buechler@t-online.de
Treffen: 1. Mittwoch 20:00 Bürgerhaus

Wohratal

Harald Homberger
Heimbacher Weg 3
35288 Wohratal
Tel.: 0 64 53 - 16 99
Email: harald-carmen@web.de
Treffen: nach Bedarf

Für Marburg und die Region



Strom aus Marburg

Ein Vergleich lohnt sich!

Ihre Vorteile:

- Vor-Ort-Service
- 100 % Ökostrom
- viele Förderprogramme

preiswert • zuverlässig • umweltfreundlich

STADTWERKE  MARBURG

Tel: 06421/205 505

www.stadtwerke-marburg.de